



Presseschau vom 20.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Kein Lebenszeichen von Gonzalo Lira: Ein weiterer Selenskij-Kritiker in der Ukraine verschwunden

Gonzalo Lira hatte seit einigen Wochen per Video aus Charkow berichtet. Seit einigen Tagen gibt es keine Beiträge mehr von ihm. Er selbst hatte schon Ende März mitgeteilt, wenn er sich zwölf Stunden lang nicht melde, müsse man ihn zu den Verschwundenen zählen. ...

<https://kurz.rt.com/2xch> bzw. [hier](#)

Wang Weng: Chinesischer Experte: "Ukraine-Krieg ist Moskaus Reaktion auf die endlose strategische US-Expansion"

Ein chinesischer Forscher warnt vor den gefährlichen Folgen des Ukraine-Krieges. Die westlichen Druckmittel gegen Russland würden die Situation nur weiter verschärfen und weitere Reaktionen aus Moskau provozieren. ...

<https://kurz.rt.com/2xc1> bzw. [hier](#)

Waleri Korowin: Russlands Kampagne in der Ukraine als Beispiel für China und Taiwan

Was hat Taiwan mit der Ukraine gemein? Es sind jeweils aus einem großen Baum ausgesägte Marionetten, deren Daseinszweck einzig im Sägen am Mutterbaum besteht – China respektive Russland. Und Russlands Kampagne in der Ukraine zeigt China, wie dem beizukommen ist.

...

<https://kurz.rt.com/2xa0> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: Steuern Russland und Israel auf eine direkte Konfrontation in Syrien zu?

Je länger sich der Krieg in der Ukraine hinzieht, desto schwieriger wird es für die israelische Führung als der engste US-Verbündete im Nahen Osten, eine neutrale Position einzunehmen. Es mehren sich die Anzeichen, dass sich auch die Konfrontation zwischen Israel und Iran in Syrien verschärfen könnte, während Russland nicht länger wie zuvor bereit zu sei scheint, israelische Aggressionen gegen die territoriale Integrität Syriens zu tolerieren. ...

<https://kurz.rt.com/2xb4> bzw. [hier](#)

Maria Müller: Die Sanktionen gegen Russland haben schwere wirtschaftliche Folgen für Lateinamerika

Entgegen westlicher, vor allem US-geleiteter Vorstellungen steht Lateinamerika der Sanktionsspirale gegen Russland skeptisch bis ablehnend gegenüber. Zahlreiche lateinamerikanische Länder sind wirtschaftlich und politisch eng mit Russland verbunden. Die Sanktionen treffen ihre eigenen Ökonomien hart. ...

<https://kurz.rt.com/2x99> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

wpered.su: Kommunisten aus Tores übergaben Hilfe für verletzte Soldaten

Vertreter des Toreser Stadtkomitees der KP der DVR und der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ übergaben Hilfe für verletzte Soldaten, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Die Hilfe in Form von Medikamenten, Lebensmitteln, Kleidung und Haushaltschemie wurde

dank nicht gleichgültiger Einwohner der Republik gesammelt und in eines der Krankenhäuser von Donezk gebracht.

22:20 de.rt.com: **Siegesfahne in Cherson gehisst**

Soldaten aus Sewastopol haben in Cherson eine Kopie des Siegesbanners gehisst, das im Jahr 1945 über dem Reichstag hochgezogen wurde. Dies teilte Gouverneur Michail Raswoschajew am Dienstag in seinem Telegrammkanal mit. Er schrieb:

"Heute haben unsere Jungs auf dem Walk of Fame in Cherson eine Kopie der Sturmflagge des 150. Idrizk-Schützendivision gehisst, die am 1. Mai 1945 auf dem Dach des Reichstagsgebäudes gehisst wurde. Wenn ich "unsere Leute" sage, meine ich Leute aus Sewastopol. Wir stehen in regelmäßigem Kontakt mit ihnen."

Er erklärte, dass die Soldaten kürzlich darum gebeten hätten, eine große Siegesfahne für sie anfertigen zu lassen. Für sie wurde ein drei mal fünf Meter großes Transparent angefertigt. Im Gegenzug hisste die befreite Stadt Genitschesk, Gebiet Cherson, nicht nur die Flaggen Russlands und der UdSSR über dem Verwaltungsgebäude, sondern restaurierte auch das Lenin-Denkmal.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Operative Information des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Die ukrainischen Massenmedien verbreiten weiter aktiv unzuverlässige Informationen und beziehen sich dabei auf den Generalstab der ukrainischen Streitkräfte. Heute haben sie die Einnahme von Marjinka in der Donezker Oblast behauptet.

Indem sie diese Mitteilung veröffentlicht, versucht die Führung der Ukraine die massenhaften Verluste und Gefangennahme von Soldaten des 2. mechanisierten Bataillons der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zu verbergen. Außerdem will ich anmerken, dass heute in der Folge von zielgenauen Schlägen der Kommandeur des Bataillons Major Sergej Olegowitsch Stez vernichtet wurde.

22:48 de.rt.com: **Donezker Volksrepublik: Ukrainisches Militär beschlagnahmt Autos und tötet deren Insassen**

Laut der Donezker Volksrepublik legt das ukrainische Militär in den frontnahen Gebieten ein Räuberverhalten gegenüber Zivilisten an den Tag. Demnach behindere es die Flucht der Zivilisten aus den umkämpften Städten und töte Autoinsassen.

In den umkämpften Städten in der Donbass-Region werden die Zivilisten nicht nur durch Beschuss der Artillerie bedroht, sondern auch von den Kämpfern der ukrainischen Armee. Übereinstimmend erzählen die Überlebenden, wie die Kämpfer Menschen mit Sniper-Beschuss durch die Straßen jagten und Wohnhäuser mit Panzern und Artillerie vorsätzlich beschossen. Besonders gefährlich ist es für Autoinsassen.

Am Dienstag meldete die Donezker Volksrepublik mit Verweis auf Augenzeugenberichte die Tötung von mindestens 23 Einwohnern der Stadt Kramatorsk im Norden der Donezker Volksrepublik. Die Stadt wurde im Sommer 2014 von der ukrainischen Armee zurückerobert und hat sich seitdem in eine gefestigte militärische Hochburg verwandelt. Zu Beginn der großen Donbass-Offensive bleibt sie unter Kontrolle der Ukraine.

Die Militanten hätten an der Ausfahrt aus der Stadt auf der Straße N-20 in Richtung Slawjansk Fahrzeuge angehalten und sie beschlagnahmt, so die Behörden. Wenn die Autobesitzer Widerstand leisteten, wurden sie und die Insassen am Straßenrand erschossen.

"Wir gehen sicher von insgesamt 23 Zivilisten aus, die von ukrainischen Nationalisten getötet wurden. Die tatsächliche Zahl der Opfer könnte viel höher sein."

Offenbar handelt es sich um Fluchtstrategien, wenn die Kämpfer ihre Kleidung wechseln und sich dann als Flüchtlinge ausgeben und dafür zivile Fahrzeuge benutzen. Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin erzählte in einem Fernsehgespräch am Dienstag von

einer Geschichte aus der Stadt Mariupol, als ein Kämpfer sich für den Vater dreier Kleinkinder ausgab, deren Eltern er tötete. "Die Haare stehen zu Berge angesichts solcher Geschichten."

"Die Arbeit an der Ermittlung solcher Verbrechen hat sich intensiviert. Unsere Ermittlungsbehörden und Staatsanwaltschaft dokumentieren jeden solchen Fall, dann muss das Tribunal folgen", [sagte](#) er.

Die Donezker Behörden bekommen Unterstützung von den russischen Kollegen. Kurz nach Bekanntgabe der Berichte über 23 tote Zivilisten in Kramatorsk teilte das russische Ermittlungskomitee mit, dass es nun die Vorfälle untersuchen und die Täter ausfindig machen will. "Der Vorsitzende des russischen Ermittlungskomitees Alexander Bastrykin hat eine Untersuchung der Morde angeordnet, die ukrainische Kämpfer in Kramatorsk begangen haben, um Zivilisten auszurauben", gab die Behörde auf ihrem Telegram-Kanal [bekannt](#). Vieles deutet darauf hin, dass die Kämpfe um Kramatorsk genauso erbittert und für Zivilisten verlustreich sein werden wie in Mariupol. Am 8. April wurde der Hauptbahnhof von Kramatorsk während der Evakuierung der Einwohner mit einer mutmaßlichen ukrainischen Totschka-U-Rakete beschossen. 52 Menschen starben, mehr als hundert wurden verletzt. Die Ukraine und der Westen machten umgehend Russland für den Beschuss verantwortlich. Die von der Ukraine bislang nicht widerlegten Hinweise deuten jedoch darauf hin, dass es sich um eine [Angriffe der Ukraine unter falscher Flagge](#) handelte.

Derzeit findet die Erstürmung des letzten Zufluchtsorts der ukrainischen Asow-Einheiten auf dem "Asowstahl"-Gelände in der Mariupoler Industriezone statt. Die neue Stadtverwaltung von Mariupol [schätzt](#) die Zahl der zivilen Opfer auf mehr als 5.000. Das geht im Wesentlichen zulasten der ukrainischen Armee, denn die Evakuierung der Zivilisten wurde durch den Befehl der ukrainischen Armee systematisch verhindert. Das schildern wiederum die geretteten Einwohner gegenüber Medien und Ermittlungsbehörden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625ee08a48fbef6ac07dd8f4.jpg>

Dan-news.info: Die Frage des Beitritts des Bezirks Rosowka zur DVR wird behandelt, aber später – Puschilin

Die Regierung der DVR wird den Antrag der Einwohner des Bezirks Rosowka der Oblast Saporoshe der Ukraine über einen Beitritt zur DVR nicht unbeachtet lassen. Dies erklärte heute das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin in einer Sendung von „Rossija 24“.

Zuvor hatten Einwohner des Bezirks Rosowka eine Versammlung organisiert, auf der der Beitritt des Gebiets zur DVR beschlossen worden war.

„Das ist nicht der erste, sondern besser gesagt der erste öffentliche und so deutliche Antrag, das verdient besonderen Respekt. Und das ist auf seine Art eine Heldentat der Bürger. Die Menschen haben wirklich in all diesen acht Jahren viel durchgemacht, die Menschen sind das nazistische Regime leid und natürlich wollen sie Veränderungen. Veränderungen zum

Positiven“, sagte er. „Was die Veränderungen der administrativen Grenzen betrifft, unter Berücksichtigung dessen, dass die Donezker Volksrepublik in ihren verfassungsmäßigen Grenzen anerkannt ist, wird diese Frage zweifellos später gelöst werden.“

Puschilin fügte hinzu, dass der Antrag der Einwohner des Bezirks nicht ohne Aufmerksamkeit bleiben wird und die Republik ihnen allseitige Hilfe leisten wird. Das betrifft die Zahlung von Renten, die Löhne für die öffentlich Beschäftigten, Sozialzahlungen, medizinische Behandlungen, die Gewährleistung der Sicherheit der Bürger durch das Innenministerium und das Zivilschutzministerium.

22:50 de.rt.com: **Coca-Cola geht? RuCoLa kommt!**

Rucola bekommt in Russland eine zweite Bedeutung: Der Getränkeproduzent "Getränke aus Tschernogolowka" des Konzerns Aqualife will die Marktlücke, die durch den möglichen Weggang der Marke "Coca-Cola" aus Russland entsteht, erobern. Geplant ist die Produktion einer "Russischen Cola", die unter der Marke RuCoLa vertrieben werden soll. Entsprechende Anträge beim russischen Patent- und Markenamt seien bereits gestellt, teilte die Geschäftsführung am Dienstag mit.

Die Coca-Cola Company mit Sitz im amerikanischen Atlanta führt bereits einen Rechtsstreit gegen Aqualife wegen der Getränkemarke "Fantola", die letztere vor einem Jahr einführte und die gewisse Ähnlichkeit zur Limonadenmarke "Fanta" aufweist. In erster Instanz vor einem Moskauer Patent- und Markengericht hat Aqualife obsiegt.

Die Coca-Cola Company hatte am 7. März bekannt gegeben, ihr Geschäft in Russland wegen des russischen militärischen Vorgehens in der Ukraine auszusetzen. Ob es sich dabei um einen endgültigen Weggang des amerikanischen Getränkeproduzenten aus Russland handelt, stand damals noch nicht fest. Aqualife scheint darauf zu spekulieren.

Dan-news.info: **Die DVR hebt die Eigentumsrechte juristischer und natürlicher Personen, die sich mit dem Verkauf von Erdgas in den befreiten Gebieten befassen auf.** Dies geht aus einem heute veröffentlichten Erlass des Staatlichen Komitees für Verteidigung der DVR hervor.

"Übertragung der Objekte des einheitlichen Gasversorgungssystems der DVR sowie anderer beweglicher und unbeweglicher Güter, Warenwerte und anderer Vermögenswerte juristischer und natürlicher Personen in das staatliche Eigentum der DVR ohne Entschädigung der Eigentümer dieser Objekte", heißt es in dem Text.

Die Verpflichtungen aus Nutzungs- und Eigentumsverträgen von juristischen und natürlichen Personen, die gemäß der Gesetzgebung der Ukraine registriert sind und die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Gewinnung, der Lagerung, der Lieferung, dem Verkauf, dem Transport und der Verteilung von Erdgas über Haupt- und Verteilerleitungen, der Produktion und dem Verkauf von komprimiertem Erdgas als Kraftstoff sowie der Lieferung, dem Verkauf und der Lagerung von Flüssiggas (Propan-Butan) für Gasfahrzeuge ausüben, werden beendet.

vormittags:

6:00 de.rt.com: **Neuerungen im Schulwesen Russlands: Fahnenhissen jeden Montag und Geschichtsinhalte ab 1. Klasse**

Das russische Bildungsministerium hat Neuerungen im Schulwesen angekündigt. Ab dem nächsten Schuljahresstart im September soll jede Schulwoche mit der Staatshymne und dem Hissen der Fahne beginnen. Unterrichtsinhalte zur Geschichte sollen teilweise ab der 1. Klasse vermittelt werden.

In russischen Schulen wird es ab dem im September beginnenden nächsten Schuljahr ein wöchentliches Zeremoniell geben. Der Bildungsminister Sergei Krawzow hat den

Schulleitungen empfohlen, jeden Montag die Schulwoche mit dem Hissen der Staatsflagge und der Staatshymne Russlands zu beginnen. Die feierliche Zeremonie werde in einzelnen Schulen bereits ab Mai zur Regel werden, sagte der Minister. Ab dem nächsten Schuljahr werde sie dann für alle Schulen in Russland obligatorisch sein.

Außerdem erklärte Krawzow, dass Inhalte zur Geschichte nun teilweise ab der 1. Klasse im Unterricht vermittelt werden. Zwar werde es in der Grundschule nach wie vor keine separaten Stunden für ein solches Fach geben, bestimmte historische Inhalte könnten aber im Rahmen anderer Fächer vermittelt werden, auch vor der 5. Klassenstufe, in der in Russland normalerweise der Geschichtsunterricht beginnt. Infrage kämen etwa Sachverhalte über die persönliche Geschichte von Familien und über die jeweilige Region sowie Museums- und Ausstellungsbesuche.

"Das Erlernen der Geschichte war und ist ein wichtiger Teil des Bildungs- und Erziehungsprozesses. Wir werden alles tun, damit das historische Gedächtnis erhalten bleibt." Der Minister für Bildung Russlands teilte außerdem mit, sein Ressort werde die Geschichtsbücher um Informationen über die sogenannte militärische Sonderoperation Russlands in der Ukraine ergänzen lassen.

Kremlsprecher Dmitri Peskow begrüßte auf seiner Pressekonferenz am Dienstag die Entscheidung des Bildungsministeriums. Dieses Ministerium sei absolut befugt, solche Entscheidungen zu treffen.

"Siebenjährige interessieren sich für diese Dinge wie Erwachsene."

Seiner Meinung nach sollte der Schwerpunkt auf der heimatlichen Geschichte liegen. Dies müssten allerdings Experten entscheiden.

Im Oktober 2021 hatte Russlands Präsident Wladimir Putin die Regierung damit beauftragt, die Verwendung der russischen Staatssymbole in den Schulen zu ermöglichen. Am 13. April unterzeichnete Ministerpräsident Michail Mischustin einen Erlass über die Änderung des staatlichen Programms zur Entwicklung der Bildung in Russland. Das Dokument sieht vor, die Schulen auf Kosten des Nationalfonds "Bildung" mit den Symbolen des Staates auszustatten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625eb0f8b480cc04eb3bf31d.jpg>

6:30 de.rt.com: **Keine Russophobie in Deutschland? BKA registriert Hunderte Angriffe auf Russen in Deutschland**

In Deutschland kommt es im Rahmen des Ukraine-Kriegs jede Woche zu Hunderten Angriffen in Form von Bedrohungen, Beleidigungen und Sachbeschädigungen, die sich "mehrheitlich gegen russischstämmige, aber auch gegen ukrainischstämmige Mitglieder unserer Gesellschaft" richten, so BKA-Präsident Holger Münch.

Wie der Präsident des Bundeskriminalamts Holger Münch dem Tagesspiegel sagte, registriert seine Behörde pro Woche rund 200 Straftaten im Zusammenhang mit dem Krieg in der

Ukraine. Die Delikte richten sich "mehrheitlich gegen russischstämmige, aber auch gegen ukrainischstämmige Mitglieder unserer Gesellschaft". Bei den Straftaten handle es sich vorrangig um Delikte wie "Bedrohungen, Beleidigungen oder Sachbeschädigungen". In den vergangenen Wochen sei die Zahl "stabil bis leicht rückläufig gewesen", die weitere Entwicklung sei allerdings "schwer prognostizierbar und stark abhängig vom weiteren Verlauf des Krieges". Das BKA erhebe, erfasse und bewerte "sämtliche relevante Informationen aus den Ländern und den Bundesbehörden" und führe diese zu einer Lagebewertung zusammen. In Bezug auf die Hetze gegen Russen im Netz behauptete Münch, man habe "in Bezug auf russisch- oder ukrainischstämmige Opfer" bislang nur vereinzelt Hasspostings festgestellt, in der Zentralen Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI) seien bislang nur wenige Meldungen mit Bezug auf den Krieg in der Ukraine eingegangen. Münch räumte allerdings ein, dass die Eingänge im ZMI nicht zwingend aussagekräftig sind.

"Die nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz verpflichteten Plattform-Anbieter übermitteln momentan wegen ihrer andauernden Klageverfahren keine Verdachtsmeldungen strafbarer Inhalte an das BKA."

Konzerne wie Meta oder Google klagen gegen entsprechende Vorschriften im Netzwerkdurchsuchungsgesetz, daher nutze das BKA dezentrale Meldestrukturen der Länder. Hier liege die Zahl der bearbeiteten Meldungen monatlich im mittleren dreistelligen Bereich. "Das reicht natürlich noch nicht, um dem Problem angemessen zu begegnen."

Münch hoffe daher auf eine EU-weite Lösung wie den Digital Services Act, der dann innerhalb der EU entsprechende Meldeverpflichtungen regeln wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625f0d4d48fbef69663bafef.jpg>

7:57 (6:57) novorosinform.org: **Die Territorialverteidigung der Ukraine machte eine der Schulen in Cherson zu ihrem Hauptquartier**

In der Bildungseinrichtung wurde auch ein Munitionsdepot eingerichtet.

In einer der Schulen in der Stadt Cherson, die unter die Kontrolle der russischen Armee und der Streitkräfte der DVR kam, wurden das Hauptquartier der Territorialverteidigung der Ukraine und ein beeindruckendes Munitions- und Waffenlager entdeckt. Dies wird von „Readovka“ berichtet.

Nach Angaben des Direktors der Schule brachen Kämpfer in Zivil am ersten Tag des Beginns der militärischen Spezialoperation in die Schule ein und bedrohten Lehrer. Zahlreiche Kisten und Geräte wurden in das Schulgebäude gebracht.

"Ich wurde unter Androhung von Repressalien von der Schule verwiesen. Anscheinend waren es Soldaten, aber sie waren alle in Zivilkleidung. Sie öffneten die Räumlichkeiten, drangen in die Klassenzimmer ein", erinnert sich der Direktor.

Wir erinnern daran, dass die Einwohner der Stadt Cherson nach der Befreiung von der Macht des Kiewer Regimes und Banderas das Denkmal „Ehre der Ukraine“ zerstörten.



https://novorosinform.org/content/images/32/33/43233_720x405.jpg

7:35 de.rt.com: **Experte: USA sind an Militäraktionen in der Ukraine beteiligt**

Durch die Lieferung von Waffen und Munition an die Ukraine beteiligen sich die USA indirekt an den Feindseligkeiten im Land. Dies erklärte der slowakische Politologe Eduard Hmelar in einem Interview mit der tschechischen Zeitung Parlamentni listy. Hmelar ist der Meinung, dass Washington den Konflikt aus geopolitischen Interessen bewusst in die Länge zieht. Der Experte hob hervor:

"Das Pentagon selbst gibt zu, dass es täglich acht bis zehn Flugzeuge mit Waffen und Munition in die Ukraine schickt. Die USA sind also in die Kämpfe verwickelt, wenn auch indirekt, indem sie das Blutvergießen durch andere bewusst in die Länge ziehen."

Zudem geht der Politologe davon aus, dass Washington "alles im Voraus geplant" hat. Die russische Militäroperation in der Ukraine habe die Situation für die USA nur erleichtert. Hmelars Gesprächspartner merkte an, dass Europäische Union die größten Verluste werde erleiden müssen, worauf der Politikwissenschaftler antwortete:

"Ich befürchte sogar, dass dieser Konflikt Europa seiner Bedeutung in der Welt berauben könnte. In der Tschechischen Republik und in der Slowakei ist die Auffassung weit verbreitet, dass Russland allmählich seine Freunde verliert. Die Medien unterstützen die Illusion, dass die ganze Welt gegen Russland geeint ist und Russland allein gelassen wird. Aber das ist völliger Unsinn."

8:40 (7:40) novorosinform.org: **Einwohner von Mariupol, die aus den Kellern kamen, sprachen über die Geiseln, die in „Asowstal“ festgehalten werden**

In den Verliesen der Fabrik seien mindestens noch 200 Zivilisten, behaupten sie.

In den Asowstal-Bunkern befänden sich mindestens 200 weitere Zivilisten, die von Militanten des Asow-Nationalbataillons gewaltsam festgehalten werden.

Der Autor des Projekts @wargonzo, Militärkorrespondent Semjon Pegow, schreibt darüber unter Bezugnahme auf die Geschichte von Zivilisten, die am Tag zuvor die Keller von Häusern am Asowstal-Kontrollpunkt verlassen hatten.

Laut Zeugenaussagen gibt es auf dem Territorium des Industriegebiets einen Bunker, in dem mindestens zweihundert Einwohner von Mariupol leben, darunter Kinder und ältere Menschen.

„Die Militanten haben die Menschen mit Gewalt hinein getrieben und ihnen praktisch keine Wahl gelassen“, heißt es in dem Bericht.

Am Tag zuvor hatten während des von den russischen Streitkräften ausgerufenen Waffenstillstands etwa 120 Zivilisten die Keller von Häusern in unmittelbarer Nähe des Fabrikeingangs verlassen. Dagegen reagierten die in den Kerkern blockierten Nationalisten nicht auf den Aufruf zur Kapitulation.



https://novorosinform.org/content/images/32/35/43235_720x405.jpg

7:45 de.rt.com: **Lawrow: Neuer Zahlungsmechanismus für Gaslieferungen schafft Garantien**

Mit dem neuen rubelbasierten Zahlungsmechanismus für Gas schafft Moskau Garantien, erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow. Hiermit sei sichergestellt, dass die Zahlungen für Gaslieferungen nicht zum Ziel neuer Sanktionen würden.

Russlands Entscheidung, den Zahlungsmechanismus für Erdgasexporte auf die einheimische Währung umzustellen, "steht offenkundig und verständlich im Licht der westlichen Sanktionen", durch die die Hälfte des russischen Auslandsvermögens eingefroren wurden, sagte der Außenminister des Landes Sergei Lawrow in einem Interview mit India Today am Dienstag.

Laut dem russischen Spitzendiplomaten werden Käufer im Westen nicht länger in der Lage sein, über die Auslandskonten des Gaslieferanten Gazprom für Gas zu zahlen, da diese leicht im Rahmen von Sanktionen eingefroren werden können. Stattdessen "werden sie über die Gazprombank zahlen, eine unabhängige Institution".

"Sie werden denselben Betrag zahlen, den sie laut bestehender Verträge schuldig sind, aber sie werden ihn über ein besonderes Konto zahlen, das sie bei dieser Bank eröffnen müssen", erklärte Lawrow. Er erläuterte, dass, selbst wenn die Kunden die Zahlung noch immer in der Währung ihrer Wahl leisten, Gazprombank die Zahlungen in Rubel konvertieren werde. Dies ermögliche es dem russischen Konzern Gazprom, den geschuldeten Betrag in der Landeswährung zu erhalten, ohne das Risiko, dass diese Guthaben zum Ziel von Sanktionen werden.

"Sie werden dieses Geld nicht auf ihren Banken behalten. Sie werden immer noch in Euro oder Dollar zahlen, aber wir haben Garantien", sagte Lawrow.

Als Reaktion auf westliche Sanktionen hat der russische Präsident Wladimir Putin am 31. März per Dekret einen neuen, auf Rubel basierenden Zahlungsmechanismus für russische Gaslieferungen eingeführt. Gemäß den Vorgaben müssen Käufer aus "unfreundlichen Staaten", die Sanktionen gegen Russland eingeführt haben, ihre Gaszahlungen über die dafür benannte russische Bank anstelle der Konten von Gazprom bei ausländischen Banken leisten. Länder, die sich weigern, den neuen Zahlungsmechanismus einzuführen, brechen damit ihre laufenden Gaslieferverträge und die Lieferungen werden gestoppt, warnte die russische Regierung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625f9dfb48fbef69663bb008.jpg>

8:58 (7:58) novorosinform.org: **Abgeordneter der Staatsduma schlug Selenskij vor, sich gegen Kämpfer auszutauschen, die sich in Asowstal verschanzt haben**

Dies könnte der erste männliche Akt des ukrainischen Präsidenten sein, sagte Michail Scheremet, Parlamentarier von der Krim.

Als er die Forderung des inhaftierten ukrainischen Oppositionsführers Wiktor Medwedtschuk kommentierte, ihn gegen gefangene Nationalisten auszutauschen, hatte der Staatsduma-Abgeordnete Scheremet eine bessere Idee: Er schlug vor, dass der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij sich gegen Asowstal-Kämpfer in Mariupol austauscht.

"Selenskij könnte sich gegen ukrainische Nazis und Militante austauschen, die sich in Asowstal verschanzt haben. Dies würde wahrscheinlich das erste Mal sein, dass er sich wie ein Mann und mit Würde verhält“, [zitiert](#) ihn RIA Novosti.

Scheremet erinnerte daran, dass Selenskij seine Familie im Ausland versteckt hat und dass es ihm nicht leid tue, die Kinder und Ehemänner anderer Leute in den Kriegsbrand zu werfen, und dass das Kiewer Regime den in der Industriezone blockierten Nationalisten verbietet, sich zu ergeben, und sie so zum sicheren Tod verurteilt.



https://novorosinform.org/content/images/32/36/43236_720x405.jpg

8:00 de.rt.com: **Russland erklärt erneut Waffenruhe für Kämpfer und Söldner im Asowstal-Werk und fordert sie auf, Waffen niederzulegen**

Die russische Seite sei bereit, am Mittwoch erneut eine Feuerpause auszurufen, damit die Kämpfer der nationalistischen Bataillone sowie die ausländischen Söldner ihre Waffen niederlegen und sich ergeben. Das verkündete Generaloberst Michail Misinzew, der Leiter des russischen Zentrums für nationales Verteidigungsmanagement, am Dienstag. Er erklärte: "Trotz des Fehlens jeglicher elementarer Maßnahmen seitens der Kiewer Behörden zur

Rettung der Soldaten ihres Landes und im Wissen um die völlige Verantwortungslosigkeit der Beamten des Kiewer Regimes für den vorhergesagten traurigen Ausgang des Widerstands in der verbleibenden Hochburg Mariupol, bieten die russischen Streitkräfte, geleitet von rein humanen Prinzipien, den Kämpfern der nationalistischen Bataillone und den ausländischen Söldnern an, ab 14:00 Moskauer Zeit am 20. April 2022 die Feindseligkeiten einzustellen und die Waffen niederzulegen."

Weiter versicherte der General, die Russische Föderation garantiere, dass alle, die die Waffen niederlegten, am Leben erhalten und medizinisch versorgt würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625f95efb480cc22ff5731ee.jpg>

8:20 de.rt.com: **Beweise für Kiews Verstöße gegen Auslieferungsabkommen aufgetaucht**

Russische Strafverfolgungsbehörden haben bei der Grenzschutzabteilung des ukrainischen Staatsgrenzdienstes und der Staatsanwaltschaft in Cherson Dokumente gefunden, die belegen, dass Kiew seinen internationalen Verpflichtungen zur Auslieferung von Straftätern nicht nachgekommen ist. Darunter seien Personen, die an der ukrainischen Strafoperation im Donbass beteiligt waren und auf einer internationalen Fahndungsliste stehen. RIA Nowosti liegen die entsprechenden Dokumente vor.

Entsprechende Anträge aus Russland sollen die Kiewer Behörden abgelehnt haben. Sie ließen die Kriminellen in den nationalen Bataillonen kämpfen und erlaubten ihnen sogar, in Länder der Europäischen Union zu reisen, wie aus den Dokumenten hervorgeht.

Ein Mitarbeiter der russischen Strafverfolgungsbehörden erklärte RIA Nowosti:

"Die Ukraine ist seit 1998 eine vollwertige Vertragspartei des Europäischen Auslieferungsübereinkommens von 1957. Sie hat das Dokument unterzeichnet und ratifiziert und muss ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommen. Wie sich aus den nun entdeckten Urteilen der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft ergibt, wurden die von den Strafverfolgungsbehörden Russlands, Aserbaidschans, Weißrusslands und Usbekistans in den Jahren 2021 bis 2022 auf offiziellem Wege an Kiew gerichteten Aufforderungen zur Auslieferung dieser Bürger, die unter das nationale Strafrecht fallende illegale Handlungen begangen haben, nicht ausgeführt."

denis-pushilin.ru: **Denis Puschilin kommentierte die Aufrufe des UN-Generalsekretärs über einen „humanitären Waffenstillstand“**

Alle in der DVR aktiven Büros von UN-Agenturen sind über die funktionierenden Mechanismen zur Lieferung humanitärer Hilfe informiert. Dies erklärte am Mittwoch, dem 20. April, gegenüber Tass das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin.

„Die Aufruf des UN-Generalsekretärs António Guterres über einen „humanitären

Waffenstillstand“, um sicher humanitäre Hilfe liefern zu können, rufen Unverständnis hervor“, sagte er.

Denis Puschilin hält den Vorschlag Guterres‘ über einen „humanitären Waffenstillstand“ für potentiell gefährlich.

„Was nun die Beunruhigung von Herrn Guterres über Aspekte einer sicheren Lieferung von humanitärer Hilfe betrifft, so sollte ihm lange folgendes bekannt sein: Alle auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik anwesenden und tätigen örtlichen Büros von UN-Agenturen, die vor Ort mit den Behörden der Republik im humanitären Bereich zusammenarbeiten, sind über die vorhandenen funktionierenden Mechanismen zur Lieferung solcher Hilfe in die Bezirke der DVR, die am meisten unter den Beschüssen von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen leiden, informiert“, unterstrich das Staatsoberhaupt.

8:50 de.rt.com: **US-Verbündete unterstützen ukrainische Luftwaffe durch Lieferung von Ersatzteilen**

Das Pentagon hat mitgeteilt, Verbündete der USA hätten die ukrainische Luftwaffe durch die Lieferung von Ersatzteilen unterstützt. Diese würden benötigt, um mehr Jets einsatzfähig zu machen, da sich die Kämpfe mit Russland in der Donbass-Region aufheizten.

Während Washington nicht in der Lage war, einige der von Kiew angeforderten Waffensysteme sowjetischer Bauart zu liefern, haben Länder, die kompatible Ausrüstung in ihren Beständen haben, ihre Hilfe angeboten. Das verkündete Pentagon-Pressesprecher John Kirby am Dienstag gegenüber Reportern. In den vergangenen Tagen wurden unter anderem Teile für Kampfjets geliefert. Kirby sagte:

"Sie haben Unterstützung erhalten, um einige ihrer Starrflügelflugzeuge wieder einsatzfähig zu machen."

"Das ist der Beweis für den Erfolg. Sie haben jetzt mehr Starrflügler zur Verfügung als noch vor zwei Wochen. Das ist kein Zufall. Das liegt daran, dass andere Nationen, die Erfahrung mit dieser Art von Flugzeugen haben, ihnen helfen konnten, mehr Flugzeuge einsatzbereit zu machen."

Der Pentagonsprecher nannte weder die Länder, die an den Ersatzteillieferungen beteiligt waren, noch die Zahl oder den Typ der reparierten und wieder in Betrieb genommenen Flugzeuge. Die USA und weitere NATO-Mitglieder haben die Waffenlieferungen an die Ukraine in den vergangenen Wochen unter Berufung auf angebliche russische Angriffe auf Zivilisten beschleunigt. Moskau bestreitet Angriffe auf Zivilisten und beschuldigt Kiew, angebliche Kriegsverbrechen zu inszenieren, um die öffentliche Meinung über den Konflikt zu manipulieren.

Die jüngste westliche "Hilfsaktion" erfolgte, nachdem das Pentagon im vergangenen Monat ein Ersuchen des NATO-Verbündeten Polen an die USA, die Lieferung von MiG-29-Kampfjets an die Ukraine zu erleichtern, abgelehnt hatte. Als Begründung hieß es, dass ein solcher Schritt einen größeren Krieg mit Russland auslösen könnte. Jake Sullivan, der Nationale Sicherheitsberater der USA, erklärte vergangene Woche, die US-Regierung habe lediglich Einwände gegen die Idee, die Kampfjets von einem US-Militärstützpunkt in Deutschland durch den umkämpften ukrainischen Luftraum zu verlegen. Den Ländern in der Region stehe es nach wie vor frei, der Ukraine Kampfflugzeuge zur Verfügung zu stellen, sagte er.

Bislang gibt es jedoch keine Beweise dafür, dass diese Art von Hilfe geleistet wurde.

Berichten zufolge haben Ukrainer eine Crowdfunding-Kampagne mit dem Titel "#buymeafighterjet" gestartet, in der sie um Spenden bitten, die angeblich für den Ersatz von Kampfjets verwendet werden sollen, die von den russischen Streitkräften zerstört worden sind.

Kirby sagte, dass die erwähnten Hilfsgüter, die derzeit in die Ukraine geschickt werden, auf

die zu erwartenden Kämpfe im Donbass ausgelegt seien. Hierbei handele es sich um Artilleriegeschütze, Radar- und Küstenschutzsysteme. Der Sprecher fügte hinzu, dass die Ukraine auch mehr Panzer erhalten habe, allerdings nicht direkt aus Washington:

"Die Art von Panzern, mit denen sie umgehen können, sind nicht die Panzer, die wir in unserem Bestand haben. Aber andere Nationen haben einige Panzer zur Verfügung gestellt. Einige Länder haben Ersatzteile zur Verfügung gestellt, damit sie ihre nicht einsatzfähigen Panzer wieder einsatzfähig machen können."

Am Dienstag sagte der britische Premierminister Boris Johnson, er habe US-Präsident Joe Biden in der vergangenen Woche empfohlen, dass die westlichen Staaten die ukrainischen Streitkräfte langfristig aufrüsten sollten. Britischen Abgeordneten erklärte er:

"Ich habe vorgeschlagen, dass unser langfristiges Ziel darin bestehen muss, die Ukraine so weit zu stärken und zu festigen, dass Russland nie wieder einen Einmarsch wagen kann."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625fa25f48fbef32620e3e25.jpg>

9:10 de.rt.com: **Reifenhersteller Continental nimmt Produktion im russischen Werk Kaluga wieder auf**

Der Autozulieferer und Reifenhersteller Continental hat seine Produktion in Russland wieder hochgefahren. Das Unternehmen bestätigte am Dienstag einen Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, wonach die Reifenproduktion in Kaluga südwestlich von Moskau schon Ende vergangener Woche wieder angelaufen sei. In einer Stellungnahme hieß es: "Die derzeitige Situation ist für international agierende Unternehmen wie Continental, die in Russland Produktionsstätten betreiben, äußerst komplex. So drohen unseren Mitarbeitern und Führungskräften in Russland harte strafrechtliche Konsequenzen, sollten wir darauf verzichten, die lokale Nachfrage zu bedienen."

Continental hatte die Arbeit in Kaluga Anfang März eingestellt, ebenso wie das gesamte Im- und Exportgeschäft mit der Russischen Föderation, wie es damals hieß. Jetzt werde an dem Standort "im Bedarfsfall temporär" wieder produziert. Es gehe um eine Menge deutlich unter der früheren Auslastung des Werks. Mit der temporären Aufnahme der Fertigung im Reifenwerk in Kaluga verfolge man "keinerlei Gewinnerzielungsabsicht".

Insgesamt beschäftigt der Dax-Konzern rund 1.300 Menschen in Russland.

Die Kampfhandlungen müssten schnellstmöglich beendet werden, hieß es weiter in der Stellungnahme: "Continental unterstützt und befolgt alle geltenden Sanktionen sowie rechtliche Vorschriften, die in Folge des Krieges in der Ukraine verhängt worden sind."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625f987948fbef6f5842b2d7.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 20.4.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 188 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **13 Zivilisten, darunter ein Kind, verletzt**. 5 Wohnhäuser und 2 zivile Infrastruktureobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 86 ukrainische Nationalisten, einen Schützenpanzer, 2 Schützenpanzerwagen, 3 Feuerpositionen für 122mm-Artilleriehaubitzen D-30 und einen Lastwagen vernichtet. Ein Panzer, Schützenpanzerwagen und 2 Lastwagen wurden erbeutet.

9:40 de.rt.com: **Botschafter Melnyk kritisiert Scholz: "Große Enttäuschung und Bitterkeit"**

Der ukrainische Botschafter in Deutschland Andrei Melnyk hat die Ankündigung weiterer Waffenlieferungen von Bundeskanzler Olaf Scholz als unzureichend kritisiert.

Die Äußerungen seien in Kiew "mit großer Enttäuschung und Bitterkeit" zur Kenntnis genommen worden, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. Melnyk wörtlich:

„Die These, dass die Bundeswehr der Ukraine nichts mehr zu liefern imstande wäre, ist nicht nachvollziehbar.“

Die Bundeswehr habe nach seinen Erkenntnissen zahlreiche Panzer, von denen ein Großteil nicht im Einsatz sei und deswegen in die Ukraine geschickt werden könnte.

Der Diplomat beklagte zudem eine mangelnde Abstimmung, was die Anschaffung von Waffen bei der deutschen Rüstungsindustrie angehe. Die Prioritäten der Ukraine seien zu wenig berücksichtigt worden. "Wir fordern die Bundesregierung auf, in dieser entscheidenden Frage mit offenen Karten zu spielen und nicht um den heißen Brei herumreden", sagte Melnyk.

"Jede weitere unnötige Verzögerung kostet weitere Menschenleben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625f9e1848fbef6ac07dd939.jpg>

10:59 (9:59) novorosinform.org: **DVR-Streitkräfte erlangten die Kontrolle über 167 Siedlungen**

Der Stab der Territorialverteidigung der DVR teilte mit, dass die Siedlungen Rownopol, Nowosjolka, Makarowka und Storoshewoje unter die volle Kontrolle der Republik gekommen seien.

Dies gab die Behörde auf ihrem offiziellen Telegram-Kanal bekannt.

Nach Angaben der Behörde hat das Militär der DVR mit Unterstützung der russischen Streitkräfte bis zum 20. April 2022 167 Siedlungen befreit und die volle Kontrolle über sie erlangt.

Zu den befreiten Siedlungen gehören Riwnopol, Nowosjolka, Makarowka und Storoshewoje im Bezirk Welikonowoselkowsk.

Es wurde außerdem mitgeteilt, dass die Säuberung des Territoriums von Mariupol von ukrainischen bewaffneten Verbänden kurz vor dem Abschluss stehe.



https://novorosinform.org/content/images/32/47/43247_720x405.jpg

10:00 de.rt.com: **DVR-Vertreter: Mehr als 3.000 ukrainische Soldaten haben sich bereits ergeben**

Nach Angaben des Vize-Informationsministers der Volksrepublik Donezk, Daniil Bessonow, haben sich über 3.000 ukrainische Soldaten seit Beginn der Spezialoperation im Donbass ergeben.

Ihm zufolge haben am Dienstag weitere fünf ukrainische Kämpfer das Stahlwerk Asow-Stahl in Mariupol verlassen, berichtet die russische Agentur RIA Nowosti. Die ukrainische Seite

kommentierte diese Aussagen nicht.

Bessonow zufolge befinden sich einige der Kriegsgefangenen im Donbass, einige seien nach Russland verlegt worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625fad0db480cc070d58aafa.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 20.04.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

165 Mann;

11 Stück Panzertechnik;

1 Starteinrichtung für einen Abwehrraketekomplex „Buk-M1“.

Die Kiewer Führung zieht weiter das Kommando der ukrainischen Streitkräfte aus der Kampfzone ab.

So wurde angesichts der Unausweichlichkeit der Offensive der Truppen der Volksmiliz der LVR auf Solotoje ein General der ukrainischen Streitkräfte sowie die Stadtverwaltung, die in die kriminellen Schemata der Kämpfer der Ukraine eingebunden war, mit einem Hubschrauber weggebracht.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 117 Geschosse mit Artilleriegeschützen des Kalibers 152mm und 122mm sowie Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ auf Donezkij, Perwomajsk, Kalinowo und Kirowsk abgefeuert.

Durch Beschuss

- **starb in Kalinowo ein Frau**, geb. 1958, außerdem wurden 3 Wohnhäuser beschädigt;

- wurden in Perwomajsk 2 Wohnhäuser beschädigt.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der BFU, von denen aus das Feuer erfolgte, von Einheiten der Volksmiliz der LVR operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz befreit weiter das von Kiew besetzte Territorium. **Die Einheiten der Volksmiliz haben Kremennaja vollständig befreit.**

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit Freiwilligenorganisationen weiter humanitäre Hilfe an die Einwohner der befreiten Territorien und evakuiert weiter Zivilisten.

10:13 de.rt.com: **Pakistan bietet Indien friedliche Lösung im Konflikt um Jammu und Kaschmir an**

Pakistans neuer Premierminister Shehbaz Sharif ruft Indien "im Interesse des gemeinsamen Friedens und Wohlstands" zu einer friedlichen Lösung des Konflikts um Jammu und Kaschmir auf. Beide Staaten signalisieren Gesprächsbereitschaft im Rahmen der Shanghaier Organisation.

Am Sonntag hat sich Pakistans neuer Premierminister Shehbaz Sharif mit einem Appell an seinen indischen Amtskollegen Narendra Modi gerichtet. Darin rief er zu einer endgültigen friedlichen Lösung der Streitigkeiten zwischen Islamabad und Neu-Delhi insbesondere bezüglich der langjährigen Auseinandersetzung um die Regionen Jammu und Kaschmir auf. "Wir glauben, dass friedliche und kooperative Verbindungen zwischen Pakistan und Indien für den Fortschritt und einen sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg der Region unerlässlich sind", zitiert die pakistanische Zeitung Dawn den Premierminister. Um diese Ziele zu erreichen, sei "eine friedliche Lösung aller anhaltenden Streitigkeiten, darunter der Kernfrage um Jammu und Kaschmir" notwendig. Nach Meinung des Premierministers sollen die Atommächte Pakistan und Indien gemeinsam am Fortschritt und Wohlstand der beiden Völker zusammenarbeiten.

In den vergangenen Jahren hatten Islamabad und Neu-Delhi sich gegenseitig beschuldigt, Terrorgruppen auf dem Gebiet des jeweiligen Nachbarn zu unterstützen. Sharif hob in seinem Brief hervor, dass Pakistan sich für eine "Aufrechterhaltung des regionalen Friedens" engagiere. Der Beitrag des Landes zur Bekämpfung des Terrorismus sei "gut bekannt und international anerkannt", so Sharif.

Eine Woche zuvor hatte der indische Premierminister Narendra Modi Sharif zum Amtsantritt als pakistanischer Regierungschef gratuliert und beteuert, dass Indien an "Frieden und Stabilität in einer Region frei von Terror" interessiert sei.

Shehbaz Sharif war am 11. April als Premierminister bestätigt worden, nachdem sein Vorgänger Imran Khan das Amt infolge eines Misstrauensvotums verloren hatte. Khan behauptete, dass seine Ablösung auf Betreiben der USA geschehen sei und seine Anhänger veranstalteten massive Straßenproteste.

Die im östlichen Himalaja gelegene Region Kaschmir war jahrzehntelang zwischen Indien und Pakistan umstritten. Beide Länder beanspruchen sie vollständig, kontrollieren aber nur Teile davon. In den 1940er- und 1960er-Jahren hatten die Nachbarstaaten zwei Kriege um die Kontrolle über Kaschmir ausgetragen. Im Jahr 2021 konnte ein größerer Konflikt nur knapp verhindert werden, während die Lage in der Region angespannt bleibt.

Medienberichten aus Indien zufolge bereiten nun beide Seiten ein Treffen zwischen Modi und Sharif im Rahmen eines Gipfeltreffens der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit vor, welches im Juli in Usbekistan stattfinden soll.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625fb5ccb480cc0d995f808a.jpg>

10:35 de.rt.com: **Internationale Atomenergiebehörde: Kommunikation zwischen Tschernobyl und Kiew wiederhergestellt**

Nach mehr als einem Monat Unterbrechung ist die direkte Kommunikation zwischen dem ehemaligen Kernkraftwerk Tschernobyl und der zuständigen ukrainischen Aufsichtsbehörde wiederhergestellt worden. Das teilte der Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Rafael Grossi, am Dienstagabend unter Berufung auf Informationen der ukrainischen Atomaufsichtsbehörde mit.

Grossi zufolge sei dies ein wichtiger Schritt im Prozess der Wiederaufnahme der behördlichen Kontrolle der Ukraine über Tschernobyl, wo sich heute verschiedene Entsorgungsanlagen für radioaktive Abfälle befänden. Die zuverlässige Kommunikation mit der Regulierungsbehörde sei eine von sieben unverzichtbaren Säulen der nuklearen Sicherheit, hieß es weiter.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625fb1f0b480cc0c55531593.jpg>

11:25 de.rt.com: **EU-Ratspräsident Charles Michel in Kiew eingetroffen**

EU-Ratspräsident Charles Michel twitterte am Mittwoch, er sei in Kiew, "im Herzen eines freien und demokratischen Europas", angekommen. Dazu postete er ein Foto, das zeigt, wie er von der ukrainischen Vize-Premierministerin Olga Stefanischina zur Begrüßung umarmt wird. Im Laufe des Tages wolle er den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij treffen, wie es aus EU-Kreisen hieß. Weitere Details zum Programm des Ratschefs wurden aus Sicherheitsgründen zunächst nicht genannt.

11:29 de.rt.com: **China prangert USA an: Washington sollte sich mit eigener Menschenrechtslage befassen**

Die westlichen Staaten, vor allem die USA, kritisieren aus ihrer Sicht unliebsame Entwicklungsstaaten wie China gerne für vermeintliche Menschenrechtsverstöße. China dreht aber zunehmend den Spieß um und verweist Washington auf gravierende Probleme im eigenen Land.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin hat am Montag erklärt, dass die Vereinigten Staaten ein Land werden, in dem es zunehmend zu systematischen Menschenrechtsverletzungen kommt. Washington müsse sich ernsthaft mit der Frage befassen, wie es die Wurzeln dieser sich verschlechternden Menschenrechtslage anpacken könne, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua mitteilte. Wang äußerte diese Kritik auf einer Pressekonferenz, als er gebeten wurde, die Tötung eines Afroamerikaners durch Polizisten im US-Bundesstaat Michigan zu kommentieren. Infolge der Tötung wurde erneut heftige Kritik an rassistischer Diskriminierung und Polizeigewalt in den Vereinigten Staaten

laut.

Wang erklärte:

"Wir sind zutiefst besorgt über die sich verschlechternde Menschenrechtslage in den USA. Eine Vielzahl von Fakten zeigt, dass Rassendiskriminierung, Waffendelikte und Gewalt in der Strafverfolgung keine vereinzelt und sporadischen Fälle sind, sondern ein langfristiges und systemisches Problem in diesem Land."

Der chinesische Diplomat verwies darauf, dass seit dem Tod George Floyds im Jahr 2020, dem bekanntesten Fall einer Tötung eines Afroamerikaners durch US-Polizisten in der jüngeren Zeit, hunderte Angehörige ethnischer Minderheiten in den USA durch Sicherheitskräfte erschossen wurden. Laut Umfragen geben bis zu 93,7 Prozent US-amerikanischer Muslime an, in ihrem Alltag Islamophobie zu erleben. 81 Prozent der US-Amerikaner mit asiatischem Migrationshintergrund glauben, dass Gewalt gegen Asiaten auf dem Vormarsch sei. Hispanoamerikaner, die 19 Prozent der US-Bevölkerung ausmachen, verfügen nur über zwei Prozent des Reichtums in den USA.

Wang mahnte:

"Die USA sind nicht in einer Position, mit dem Finger auf die Menschenrechtslage in anderen Ländern zu zeigen. Was die USA tun sollten, ist, sich ihren eigenen schwerwiegenden Menschenrechtsproblemen zu stellen und ernsthaft darüber nachzudenken, wie die Ursachen für die sich verschlechternde Menschenrechtslage angegangen werden können."

Wang zitierte Fernand de Varennes, Sonderberichterstatter der UNO über Minderheitenangelegenheiten, der gesagt hatte, dass das Rechtssystem in den Vereinigten Staaten strukturell zur Bevorteilung der Reichen und Benachteiligung der Ärmern führe, insbesondere von Angehörigen ethnischer Minderheiten.

Zudem verwies der Sprecher darauf, dass die USA Spitzenreiter in puncto Waffengewalt sind. Die Vereinigten Staaten seien das einzige entwickelte Land, in dem es in den letzten 20 Jahren in jedem Jahr zu Massentötungen mit Waffen gekommen ist. Allein im Jahr 2020 gab es in den USA über 45.000 Tote im Zusammenhang mit Waffengewalt. Gegenüber dem Wert von 2010 sei das ein Anstieg um 43 Prozent, so Wang. Der chinesische Diplomat prangerte an, dass die US-Regierung es trotz der explodierenden Zahlen von Toten aufgrund von Waffengewalt nicht zustande brachte, ein Gesetz zur Reform des Waffenbesitzes zu beschließen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625e89a9b480cc0685155e07.jpg>

11:50 de.rt.com: **Sacharowa: Russland hat das Vertrauen in die ukrainischen Unterhändler verloren**

Russland habe kein Vertrauen mehr in die ukrainischen Unterhändler, sagte die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Mittwoch. Ihr zufolge sei Russland darauf vorbereitet gewesen, dass sich die Ukraine im

Verhandlungsprozess inkonsequent verhalten würde:

"Seitens des Büros eines Mannes, der sich Präsident der Ukraine nennt und mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet ist, wurde eine Bitte auf Verhandlungen gestellt. Russland hat diese Bitte nicht abgelehnt. Dann hat das Kiewer Regime wie üblich mit einem Zirkus begonnen, im direkten und übertragenen Sinn: Mal kommen sie, mal kommen sie nicht. Mal machen sie mit, mal nicht. Ob man in Moskau darauf vorbereitet war? Ja, natürlich."

Sacharowa zufolge sei das Regime nicht unabhängig, sondern werde von außen kontrolliert. Die Verhandlungen würden als Ablenkung genutzt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625fc0bbb480cc0beb19fc41.jpg>

12:52 (11:52) novorosinform.org: „**Das Blut des Donbass klebt an den Händen Europas**“: **In Moskau fand eine Kundgebung gegen die EU-Politik statt**

Die Moskauer forderten einen Prozess gegen den Chef der europäischen Diplomatie, Josep Borrell.

In der russischen Hauptstadt, in der Nähe des Gebäudes der EU-Vertretung, hat eine Kundgebung zur Unterstützung der russischen Armee und der Spezialoperationen in der Ukraine stattgefunden, [berichtet](#) der Telegram-Kanal „Readovka“.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Mitarbeiter der Vertretung die Kommunikation mit den Versammelten vermieden und es vorzogen, durch die Hintertür zur Arbeit zu gehen. Die Demonstranten forderten, den Chef der europäischen Diplomatie, Josep Borrell, für seine Äußerungen gegen Russland zu verurteilen.

Grund für die Wut der Menschen war auch die Politik der EU mit zweierlei Maß, die, während sie die Notwendigkeit des Friedens erklärt, die Ukraine gleichzeitig regelmäßig mit Waffen und Söldnern „vollpumpt“.

„Wir fordern den Prozess gegen J. Borrell wegen Kriegsaufrufen“; "Ihr seid keine Diplomaten, sondern Kriegsverbrecher!"; "Die Europäische Union ist die Wiege des Nazismus!" - lauteten die Losungen auf den Plakaten.



https://novorosinform.org/content/images/32/57/43257_720x405.jpg

12:58 (11:58) novorosinform.org: **Die DVR verstaatlicht Gasversorger in befreiten Gebieten**

Gasversorgungsunternehmen in den befreiten Ländern wurden Eigentum der Republik. Durch Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der DVR werden die Eigentumsrechte von juristischen und natürlichen Personen, die am Verkauf von Gas in den befreiten Gebieten beteiligt waren, beendet. Dies wird durch eine [Verordnung](#) des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin festgelegt.

Nun werden staatliche Unternehmen der DVR für den Betrieb von Gasversorgungssystemen sowie den Transport von Gas verantwortlich sein. Dabei werden die ukrainischen Infrastruktureigentümer nicht für die Kosten der Vermögenswerte entschädigt.

„Die Gegenstände des einheitlichen Gasversorgungssystems der DVR sowie anderes bewegliches und unbewegliches Vermögen, Inventar und andere Vermögenswerte juristischer und natürlicher Personen [sind] in das staatliche Eigentum der DVR zu überführen, ohne den Eigentümern die Kosten dafür zu erstatten“, heißt es im Text.



https://novorosinform.org/content/images/32/58/43258_720x405.jpg

nachmittags:

13:01 (12:01) novorosinform.org: **In Mariupol begannen die Arbeiten zur Räumung und zum Wiederaufbau der Stadt**

Die Einwohner von Mariupol haben sich zusammen mit den Mitarbeitern des Ministeriums für Notsituationen und der öffentlichen Versorgungsbetriebe der Sache angenommen. Von der Volksmiliz der DVR wurde über den Beginn der Arbeiten zur Räumung und

schrittweisen Wiederherstellung der durch die Feindseligkeiten zerstörten Stadt [berichtet](#). Sie stellten fest, dass die sich zurückziehenden Kämpfer der ukrainischen Armee alle Anstrengungen unternommen haben, um Mariupol so weit wie möglich zu zerstören. „Jetzt, da der lang ersehnte Frieden in die Stadt zurückkehrt, setzen die Einwohner von Mariupol zusammen mit Mitarbeitern des Ministeriums für Notsituationen und der öffentlichen Versorgungsunternehmen den Wiederaufbau ihrer Heimatstadt fort, die durch den Beschuss von Kriminellen der Streitkräfte zerstört wurde der Ukraine“, heißt es in dem Bericht.

Die Militärverwaltung der Republik erklärte, dass man praktisch in der Nähe jedes Hauses Menschen sehen kann, die Glassplitter entfernen, sowie Spezialgeräte, die die Trümmer zerstörter Häuser beräumen.



https://novorosinform.org/content/images/32/59/43259_720x405.jpg

12:18 de.rt.com: **Kämpfe um Asow-Stahl: Einkesselte ukrainische Einheiten bitten um Evakuierung in Drittstaaten**

Die auf dem Gelände des Eisenhüttenwerks "Asow-Stahl" verbliebenen ukrainischen Soldaten gehen auf russische Angebote nicht ein und bleiben weiterhin eingekesselt. Sie appellieren dagegen an andere Regierungen der Welt und erbitten dabei die Evakuierung in Drittstaaten. Angeblich seien mit ihnen auch Zivilisten eingekesselt.

Auf dem Gelände des metallurgischen Kombinats "Asow-Stahl" [Asowstal; Азовсталь] in Mariupol bleiben nach russischen Angaben noch etwa 2.000 Kämpfer der regulären ukrainischen Armee sowie des nationalistischen Asow-Regiments eingekesselt. Die Sturmtruppen der Donezker Volksmiliz und der russischen Armee sind inzwischen in das Werksgelände vorgedrungen und nehmen Halle für Halle ein. Auch die dem Werk benachbarten Wohnviertel sind unter deren Kontrolle gebracht, die letzten dort verbliebenen 120 Zivilisten wurden am Dienstagnachmittag aus den Kellern evakuiert. Sie harnten dort seit Anfang März aus und litten nach eigenen Angaben unter ukrainischem Artilleriebeschuss. Am Dienstag verhängte das russische Militär ab 14 Uhr eine Feuerpause, die für die Evakuierung der eventuell auf dem Werksgelände verbliebenen Zivilisten hätte genutzt werden können. Die ukrainische Seite behauptete zuvor, dass etwa noch 1.000 Zivilisten dort eingeschlossen seien. Zwar hielt Russland diese Angaben für eine Lüge, wollte aber die Möglichkeit nicht ausschließen, dass auf dem Gelände tatsächlich noch Zivilisten - wie etwa von Asow-Kämpfern festgehaltene Werks-Mitarbeiter - sein könnten. Auch könnten sich während dieser Feuerpause die ukrainischen Soldaten ergeben, um ihr Leben zu retten. Am Dienstagabend teilte das russische Verteidigungsministerium mit, dass bis 22:00 Uhr Moskauer Zeit (21:00 Uhr MESZ) niemand den Korridor genutzt habe. Es folgte eine weitere Ankündigung einer einseitigen Feuerpause mit einem humanitären Korridor aus dem Werksgelände von Asow-Stahl für Mittwoch um 14:00 Uhr Moskauer Zeit (13:00 Uhr MEZ).

Am Mittwochmorgen gaben die eingekesselten Kämpfer anstelle der Kapitulation ein medienwirksames Lebenszeichen. In einem auf Facebook veröffentlichten Appell baten sie um eine Evakuierung in Drittstaaten. "Der Feind ist uns 10 zu 1 überlegen", sagte Sergei Wolyna, der Kommandeur der ukrainischen 36. Marineinfanteriebrigade, in seiner nur eine Minute dauernden Videobotschaft:

"Wir appellieren an alle führenden Politiker der Welt, uns zu helfen."

Russland habe Vorteile in der Luft, bei der Artillerie, den Bodentruppen, bei Ausrüstung und Panzern, sagt Wolyna weiter. Die ukrainische Seite verteidige nur ein Objekt, das Stahlwerk Asow-Stahl, wo sich außer den Militärs auch noch Zivilisten befänden.

Wolyna bat, das "Verfahren der Extraktion" anzuwenden und alle – sowohl das Militär der ukrainischen Mariupol-Garnison, mehr als 500 verwundete Kämpfer sowie Hunderte Zivilisten, darunter Frauen und Kinder – auf dem Territorium eines Drittlandes in Sicherheit zu bringen. "Das ist unser Appell an die Welt", sagte Wolyna. "Das könnte der letzte Appell unseres Lebens sein."

Dem TV-Sender CNN sagte Wolyna, eine Evakuierung könne etwa per Schiff oder per Helikopter erfolgen. Auch eine internationale humanitäre Mission sei eine Möglichkeit. Zur Frage, wie viele ukrainische Militärs sich auf dem Gelände des Stahlwerks aufhielten, machte er keine Angaben. Das Video wurde in einer einzigen Einstellung gedreht, Videobeweise für die Anwesenheit von Zivilisten unter den Einkesselten wurden nicht vorgelegt.

Die Ansage des Kommandeurs war offenbar eng mit dem Außenministerium in Kiew abgestimmt. Joe Biden, Recep Tayyip Erdoğan und Boris Johnson wurden angesprochen und der Text mit englischen Untertiteln versehen. Russland geht davon aus, dass auch noch zahlreiche ausländische Söldner bei Asow-Stahl mit eingeschlossen seien.

In seinem Presseauftritt am Dienstag nannte der Leiter der ressortübergreifenden Koordinierungsstelle für humanitäre Hilfe der Russischen Föderation Generaloberst Michail Misinzew die Weigerung Kiews zur Nutzung der von Russland angebotenen humanitären Korridore aus Mariupol verbohrte und zynisch. Dies seien eine Lüge und ein Betrug gegenüber dem eigenen Volk sowie ein Verrat an den ukrainischen Soldaten und nationalistischen Bataillonen.

Er verwies auf abgehörte Funksprüche der Befehlshaber der in Asow-Stahl verbliebenen Verbände und sagte, dass sie die Ausweglosigkeit ihrer Lage erkennen und bereit seien, ihre Waffen niederzulegen, "allerdings nur auf einen entsprechenden Befehl aus Kiew". Denn sonst drohten ihnen Strafen nach dem in der Ukraine geltenden Kriegsrecht – bis hin zur Erschießung.

Die Zivilisten – sollten sich tatsächlich welche in Asow-Stahl aufhalten – würden von den Kämpfern als "menschliche Schutzschilde" genutzt. "Diese glaubwürdigen Informationen wurden durch Aussagen gefangen genommener ukrainischer Soldaten und durch abgehörte Funksprüche während der Kampfhandlungen im Stadtgebiet von Mariupol untermauert." Misinzew rief die Regierung in Kiew nochmals dazu auf, den humanitären Korridor für die Evakuierung hilfsbedürftiger Personen am Mittwoch ab 14 Uhr zu nutzen, und teilte dessen Koordinaten und die Anzahl der zur Verfügung stehenden Busse mit. Ab diesem Moment gelte wieder auf dem eingegrenzten Werksgelände die Feuerpause. Er sei allerdings zu erwarten, dass die ukrainische Regierung das Angebot wiederum ungenutzt verstreichen lassen wird. Er wandte sich direkt an die Kommandeure der eingekesselten Einheiten und an die einzelnen Soldaten und rief sie dazu auf, zum Schutz des eigenen Lebens die Waffen niederzulegen.

Inzwischen befinden sich Tausende ukrainische Soldaten in Gefangenschaft. Sie werden in den Hafteinrichtungen der Donezker und Lugansker Volksrepubliken untergebracht.

Vergangene Woche haben sich mehr als 1.300 ukrainische Soldaten ergeben. Sie waren auf einem anderen großen Werksgelände in Mariupol eingekesselt. Es gab allerdings auch gescheiterte Durchbruchversuche. So starben bei einem solchen Versuch etwa 50

Infanteristen.

Russlands Militärbehörden rufen ukrainische Truppen regelmäßig dazu auf, die Waffen niederzulegen und sich zu ergeben. Jeder einzelne Kämpfer werde überprüft, ob er an Kriegsverbrechen teilgenommen habe. Seit Beginn des Donbass-Krieges vor acht Jahren laufen entsprechende Ermittlungen der Strafverfolgungsorgane in Donezk, Lugansk und Moskau, mittlerweile gibt es Tausende offener Verfahren. Prozesse drohen vor allem befehlsführenden Offizieren der ukrainischen Armee und Kämpfern der berüchtigten nationalistischen Einheiten wie etwa Asow oder Aidar. Nun werden sie auch mit den neuen Vorwürfen konfrontiert, Zivilisten in Mariupol und anderen Städten während der Kämpfe gezielt beschossen oder getötet zu haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625fdc35b480cc0c817c7bd4.jpg>

13:20 (12:20) novorosinform.org: **Russland verunglimpfen und isolieren: Das offizielle Pjöngjang nannte den Zweck der Provokation in Butscha**

Urheber der Ereignisse am Stadtrand von Kiew war nach Angaben der nordkoreanischen Behörden der Westen.

In Pjöngjang hat man sich unmissverständlich zu der Provokation in Butscha geäußert, die darauf abzielte, Russland zu diskreditieren.

Die Antwort der diplomatischen Vertretung der Demokratischen Volksrepublik Korea auf die entsprechende Anfrage steht TASS zur Verfügung.

„Das Massaker in der Stadt Butscha zeigt deutlich, dass die USA und der Westen auf hinterhältige Weise wahllos vorgehen, um ihr schändliches Ziel zu erreichen, Russlands Image zu beschmutzen und [es] international zu isolieren“, heißt es in der Erklärung. Es sei daran erinnert, dass sie zuvor auch seitens der EU die Bitte an den Präsidenten der Ukraine Selenskij gerichtet wurde, Beweise für Verbrechen vorzulegen, die angeblich von den russischen Streitkräften in Butscha begangen wurden, und von Abgeordneten im Deutschen Bundestag die Weltgemeinschaft aufgefordert wurde, keine voreiligen Schlussfolgerungen zu ziehen.



https://novorosinform.org/content/images/32/61/43261_720x405.jpg

13:00 de.rt.com: "**LuganskInformZentr**": **Ukrainische Truppen verlassen das Gebiet um Rubeschnoje, Sewerodonezk und Lissitschansk**

Wie [TASS](#) meldet, sollen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte das sogenannte "Dreieck" verlassen – gemeint ist das Gebiet von Rubeschnoje, Sewerodonezk und Lissitschansk. Die Quelle der Agentur nannte keine Einzelheiten, um "die operative Situation nicht zu verraten" und berief sich dabei auf Angaben der Nachrichtenagentur der Lugansker Volksrepublik LuganskInformZentr.

"Nach den derzeit vorliegenden Informationen verlässt eine sehr große Zahl ukrainischer Truppen in diesen Momenten das so genannte Dreieck – das Gebiet von Rubeschnoje, Sewerodonezk und Lissitschansk. Ich werde noch nicht sagen, wo, was und wie, um die operative Situation nicht zu verraten", zitiert die Agentur ihre Quelle.

Es bestehe die Hoffnung, dass sich die Situation wie in Kremennaja entwickeln werde.

"Sie sind einfach gegangen und das war's. Nun, dann werden sie natürlich an anderen Orten mit vielen 'Überraschungen' konfrontiert werden, und sie wissen davon, also denke ich, dass es eine weitere Massenkapitulation vor den Friedenstruppen geben wird", sagte der Informant.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625fdda9b480cc0c817c7bdc.jpg>

14:11 (13:11) [novorosinform.org](#): **Die Tragödie im Donbass zwang Russland, eine Sonderoperation zu starten - Putin**

Der russische Präsident drückte seine Zuversicht aus, dass dank der Russischen Föderation Frieden in die Region kommen wird.

Die Tragödie im Donbass zwang Russland zu einer Sonderoperation. Dies wurde vom

russischen Präsidenten Wladimir Putin erklärt, schreibt TASS.

"In all diesen acht Jahren wurden dort Bombenanschläge, Artillerieangriffe und Feindseligkeiten fortgesetzt. Es war sehr, sehr schwierig für die Menschen", erinnerte sich der russische Präsident.

Das Staatsoberhaupt betonte, dass der Zweck des Spezialeinsatzes darin bestehe, Menschen zu helfen. Er fügte hinzu, dass Russland konsequent handeln und die Rückkehr des Donbass zum normalen Leben erreichen werde.

Zuvor sagte Putin, dass der Zeitpunkt des Abschlusses der Spezialoperation in der Ukraine direkt von der Intensität der Feindseligkeiten abhängen werde. Er stellte fest, dass die Streitkräfte der Russischen Föderation weiterhin nach dem Plan des Generalstabs handeln würden.



https://novorosinform.org/content/images/32/65/43265_720x405.jpg

13:27 de.rt.com: **Baerbock besucht baltische Staaten: "Jeder Quadratzentimeter des Bündnisgebiets" wird verteidigt**

Bundesaußenministerin Baerbock bricht zu einer dreitägigen Reise nach Lettland, Estland und Litauen auf. Vor ihrem Abflug sagte die Grünen-Politikerin den baltischen Staaten noch stärkere Unterstützung zu und betonte, dass man "im Notfall jeden Quadratzentimeter" des Bündnisgebiets verteidigen werde.

"Wir sind bereit, uns zur Sicherheit unserer Partner noch stärker einzubringen", erklärte die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock am Mittwoch kurz vor ihrem Abflug aus Berlin zu einer dreitägigen Reise in die baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen. Ohne weitere Details zu nennen, betonte sie:

"Wir werden im Notfall jeden Quadratzentimeter unseres gemeinsamen Bündnisgebiets verteidigen."

Ziel dieser Reise sei laut Auswärtigem Amt der Austausch mit den baltischen Partnern darüber, "was der russische Angriffskrieg auf die Ukraine für die Sicherheit Europas bedeutet" und für die notwendigen Reaktionen von EU, NATO und internationaler Gemeinschaft. Seit beinahe acht Wochen herrsche auf dem europäischen Kontinent Krieg, "und mit jeder Woche erleben wir neue Dimensionen der Gewalt und Brutalität von Seiten Russlands". Sie wolle, so Baerbock, auf ihrer Reise ins Baltikum deutlich machen:

"Deutschland trägt den neuen Realitäten Rechnung, mit aller Konsequenz: Wir unterstützen die Ukraine entschlossen bei ihrem Überlebenskampf, mit Waffen, finanzieller Unterstützung und weiteren harten Sanktionen gegen Putins Machtbasis. Und wir stärken unsere eigene Wehrhaftigkeit und leisten unseren Beitrag zur Neuausrichtung unserer Sicherheit in Europa. Damit sich unsere Partner auf Deutschland verlassen können."

Wie es auf der Website des Auswärtigen Amtes dazu weiter heißt, werde die erste Station dieser Reise die Hauptstadt Lettlands sein. In Riga werde die Außenministerin politische Gespräche führen, unter anderem mit ihrem lettischen Amtskollegen Edgars Rinkēvičs und dem Ministerpräsidenten Krišjānis Kariņš. Am Nachmittag wolle Baerbock an Beratungen der

drei baltischen Außenminister Rinkēvičs , Eva-Maria Liimets (Estland) und Gabrielius Landsbergis (Litauen) teilnehmen.

Von diesen baltischen Staaten könne Deutschland über Wehrhaftigkeit viel lernen, erklärte die Ministerin. Seit Jahren investierten Lettland, Estland und Litauen "in die Sicherheit der Energieversorgung, der IT-Infrastruktur, in die Widerstandsfähigkeit der Medienlandschaft und in die Fähigkeiten der Verteidigung". Im Baltikum blickten die Menschen laut Baerbock seit Jahren intensiv und mit Sorge in Richtung Russland. Die Spitzenpolitikerin von Bündnis 90/Die Grünen betonte:

"Ihren Erfahrungen und Einblicken möchte ich genau zuhören."

Am Donnerstag geht es dann weiter nach Estland und am Freitag soll Baerbock in der litauischen Hauptstadt Vilnius unter anderem den Staatspräsidenten Gitanas Nausėda zu einem Gespräch treffen.

In der Erklärung vor ihrer Abreise warf die deutsche Außenministerin dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vor, "weder auf Menschenleben oder das Völkerrecht noch auf das Leben und die Entwicklungschancen seiner eigenen Bevölkerung" Rücksicht zu nehmen. Mit dem Krieg in der Ukraine habe Putin, so Baerbock, "auch große Teile der europäischen Sicherheitsarchitektur in Trümmer gelegt, auf die wir in den letzten Jahrzehnten gebaut haben, und die gerade für unsere osteuropäischen Freunde auch eine Sicherheitsgarantie war."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625fbb42b480cc070d58ab07.jpg>

13:55 de.rt.com: **Kreml: Vertragsentwurf "mit klaren Formulierungen" an die Ukraine übergeben**

Als Teil des Verhandlungsprozesses sei der ukrainischen Seite der Entwurf eines Vertragsdokumentes mit "klaren Formulierungen" übergeben worden, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Mittwoch zu Journalisten:

"Der ukrainischen Seite ist unser Entwurf übergeben worden, der absolut klare, ausgearbeitete Formulierungen enthält. Der Ball liegt nun bei der Ukraine, wir warten auf eine Antwort."

Auf die Frage, ob es Fristen für eine Reaktion aus Kiew gebe, erwiderte Peskow, dies hänge von der ukrainischen Seite ab.

Laut dem Kremlsprecher wolle sich die Ukraine ständig von den zuvor vereinbarten Standpunkten entfernen und verändere diese fortwährend.

Die letzten persönlichen Gespräche zwischen Russland und der Ukraine fanden am 29. März unter Beteiligung beider Delegationen in Istanbul statt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625fe54f48fbef67ef7d9353.jpg>

14:37 (13:37) novorosinform.org: **Ein weiteres Denkmal für sowjetische Soldaten wurde in Polen abgerissen**

Die Stele befand sich im Dorf Garnkarsko, 35 km von Wroclaw entfernt, und wurde dort im Juni 1945 aufgestellt, berichtet der Telegram-Kanal „Sputnik Nahes Ausland.

Der Abriss des Denkmals für die Rote Armee wurde von lokalen Fernsehsendern übertragen. Zuvor hat dieses Denkmal bereits unter Vandalen gelitten, als sie es mit roter Farbe übergossen.

Wie der Kanal feststellt, wurde die Entscheidung zum Abriss des Denkmals von den örtlichen Behörden und dem polnischen Institut für nationales Gedenken getroffen.

Früher wurde berichtet, dass die polnischen Behörden ein Denkmal für die Befreiungssoldaten der Roten Armee in der Nähe der Stadt Chrzowice im Südwesten des Landes abgerissen haben.



https://novorosinform.org/content/images/32/66/43266_720x405.jpg

14:44 (13:44) novorosinform.org: **NATO nicht bereit für Konfrontation mit Russland - britischer General**

Das nordatlantische Bündnis vermeide einen umfassenden Konflikt mit der Russischen Föderation aufgrund seiner mangelnden Vorbereitung, sagte der britische General Barrons.

Der frühere Chef des britischen Joint Command, General Richard Barrons, nannte zwei Gründe, warum das Bündnis gezwungen sein könnte, mit Moskau in Konflikt zu geraten. RIA

Novosti schreibt darüber unter Berufung auf The Independent.

Als ersten Grund nannte er den Fall, dass ein größerer Teil der Ukraine bedroht sein würde als jetzt. Der zweite Faktor könnte eine Konfrontation zwischen Russland und einem der NATO-Verbündeten sein. Barrons bemerkte, dass es mit der zweiten Option "viel einfacher" wäre, eine Entscheidung zu treffen. Allerdings, so der General, sei das Bündnis nicht bereit, unter solchen Umständen mit der nötigen Geschwindigkeit zu handeln.

„Der Hauptgrund, warum wir einen Krieg zwischen Russland und der NATO vermeiden wollen, ist, dass die NATO nicht bereit ist. Und dafür sollten wir uns schämen“, sagte Barrons.

Er fügte hinzu, dass Großbritannien „absolut“ nicht über die notwendigen Verteidigungssysteme im Falle einer Verschärfung des Konflikts mit der Russischen Föderation verfüge. Der General stellte fest, dass die Streitkräfte des Vereinigten Königreichs niemanden schützen können, da sie beim derzeitigen Ausbildungsstand "in etwa einer Woche" vernichtet werden könnten.



https://novorosinform.org/content/images/32/67/43267_720x405.jpg

15:09 (14:09) Lug-info.com: **Neue Inszenierungen wie in Butscha befürchtet**

Kämpfer von ukrainischen nationalistischen Bataillonen (›Nazbaty‹) planen, in mehreren Oblasten der Ukraine zu Ostern Kirchen zu beschießen und Gläubige zu töten, um anschließend Russland und die Donbass-Republiken dessen zu beschuldigen. Das berichtete das Informationszentrum von der Volksmiliz der LVR unter Berufung auf einen Informanten. "Wir erhalten Informationen aus mehreren, sehr zuverlässigen Quellen, wonach die ›Nazbaty‹ in den Frontgebieten der Oblaste Dnjepropjetrowsk, Saporoshje und Charkow zu Ostern Provokationen vorbereiten, bei denen auf Gläubige geschossen werden soll, die am Sonnabend und am Sonntag die Ostergottesdienste besuchen wollen – mit Massensterben durch Beschuss mit taktischen Raketen ›Totschka-U‹ und Artillerie, natürlich mit dem Ziel, die Streitkräfte Russlands und der Republiken des Donbass zu beschuldigen", so die Quelle. Er wies darauf hin, dass es solche Inszenierungen schließlich schon öfter gab.

"Wie man dies in den Gebieten, die noch unter der Kontrolle der ukrainischen Truppen stehen, vermeiden kann, wissen wir nicht; wir können nur warnen", betonte der Soldat.



<https://storage.lug-info.com/cache/a/8/941b4652-7433-4401-b601-bff3567d3029.jpg/w700h474%7Cwm>

15:40 de.rt.com: **Habeck: Weitere Waffenlieferungen an Ukraine "dringlich"**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hält schnelle weitere Waffenlieferungen an die Ukraine für erforderlich. "Die Notwendigkeit von Waffenlieferungen an die Ukraine ist nicht nur gegeben, sondern auch dringlich", sagte der Grünen-Politiker der Rheinischen Post am Mittwoch. Ausdrücklich begrüße er die von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) dargestellte Linie.

Der Vizekanzler erklärte in dem Interview:

"Deutschland setzt sich intensiv dafür ein, dass im internationalen Verbund schnell und pragmatisch das Gerät geliefert werden kann, was unmittelbar einsatzfähig ist und in dieser neuen Phase des Krieges gebraucht wird."

Wenn nach Einschätzung des Verteidigungsministeriums die Möglichkeiten der Bundeswehr selbst an Grenzen kämen, sei es nur konsequent, "quasi Ringtausch zu organisieren: Das, was in anderen Ländern schnell an einsetzbarem Gerät und Waffen jetzt unmittelbar lieferbar ist, wird in die Ukraine geliefert und Deutschland schiebt dann in diese Länder zeitnah Ersatz nach", sagte Habeck.

Am Mittwoch hat sich zudem der SPD-Außenpolitiker Michael Roth die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine erneut befürwortet.

"Ich gehe davon aus, dass jetzt auch (schwere) Waffen geliefert beziehungsweise von der Ukraine gekauft werden können, die bislang nicht vorgesehen waren", schrieb der Vorsitzende des Auswärtigen Bundestagsausschusses auf Twitter.

16:00 de.rt.com: **Auschwitz-Birkenau meldet Tod einer 91-jährigen Holocaust-Überlebenden in Mariupol**

Der offizielle Twitter-Account der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau hat mitgeteilt, dass die 91-jährige Wanda Obiedkowa am 4. April ums Leben kam. Sie soll sich in den letzten Tagen vor ihrem Tod in einem Keller in der ukrainischen Hafenstadt Mariupol versteckt haben. Laut einem Bericht, auf den die Gedenkstätte verweist, wurde die Holocaust-Überlebende am 8. Dezember 1930 in Mariupol geboren. Vor 81 Jahren soll sie sich während des Zweiten Weltkriegs in demselben Keller versteckt haben, als die Deutschen in Mariupol einmarschierten.

16:17 de.rt.com: **US-Präsident räumt ein: Russland nicht Hauptgrund für die hohe Inflation**

Die USA erleben derzeit den höchsten Inflationsanstieg seit 1981. US-Präsident Joe Biden macht immer noch Russland für die hohen Preise im Land verantwortlich. Er sagt jetzt aber auch, dass der Hauptgrund dafür die COVID-19-Pandemie mit Ausfällen in den Lieferketten sei.

US-Präsident Joe Biden räumte am Dienstag ein, dass die Lockdowns, die im Zuge der COVID-19-Pandemie verhängt worden waren, die Hauptursache für die galoppierende Inflation seien. Zugleich aber gab Biden seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin weiterhin die Schuld an den hohen Gaspreisen im eigenen Land. Bidens Beliebtheit im Inland ist wegen der schlimmsten Inflation seit 1981 stark zurückgegangen.

Das Weiße Haus hat in den letzten sechs Wochen immer wieder versucht, die russische Militäroperation in der Ukraine für die Inflation verantwortlich zu machen, indem es auf dem Ausdruck "Putin-Preiserhöhung" bestand, um die in die Höhe schießenden Preise an den Zapfsäulen zu beschreiben. Biden wiederholte dieses Argument pflichtbewusst in einer Rede in New Hampshire am Dienstag, stufte dann aber Russland als Hauptschuldigen ab.

Es gebe "zwei Gründe" für die hohen Preise, erklärte der 79-Jährige nun. Er sagte: "Der erste war COVID. Wegen der Pandemie kam es zu Ausfällen bei der Belieferung mit wichtigen Materialien, so dass die Preise stiegen."

Im Anschluss daran versuchte Biden, die durch die Pandemie verursachten Unterbrechungen der Lieferketten im Jahr 2020 zu erklären. Er fügte hinzu:

"Und der zweite entscheidende Grund für die Inflation ist Wladimir Putin, kein Scherz."

Demnach seien "im letzten Monat etwa 70 Prozent des Anstiegs der Inflation die Folge von Putins Preiserhöhung infolge der Auswirkungen der Gas- und Energiepreise" gewesen.

Das Weiße Haus verwendet das Argument der "Putin-Preiserhöhung" seit dem Verbot der Einfuhr von russischem Öl und Gas in die USA am 8. März. Der russische Präsident hatte jedoch darauf erwidert, dass Moskau "absolut nichts" mit den steigenden US-Gaspreisen zu tun habe, da die russischen Exporte in die USA von Anfang an "geringfügig" gewesen seien.

"Sie verstecken sich hinter diesen Entscheidung nur, um wieder einmal ihre eigene Bevölkerung zu täuschen", hatte Putin letzten Monat gesagt.

Die jüngsten Umfragen deuten darauf hin, dass die meisten US-Amerikaner dieser Meinung sind. Nach den Zahlen von Quinnipiac, einem Meinungsforschungsinstitut, das den Demokraten traditionell freundlich gesinnt ist, liegt Bidens Zustimmungsrate nur bei 33 Prozent.

Während Republikaner und unabhängige Wähler mit überwältigender Mehrheit Bidens Wirtschaftspolitik für die hohen Gaspreise verantwortlich machen, sind die Demokraten gleichmäßig geteilt zwischen der Beschuldigung Russlands und der Überzeugung, dass gierige Ölfirmen die Preise in die Höhe treiben.

Nach Angaben des US-amerikanischen Amtes für Arbeitsstatistiken – US Bureau of Labor Statistics – war im März der höchste Inflationsanstieg seit 1981 zu verzeichnen. Dabei waren die Gaspreise um 18 Prozent gegenüber dem Vormonat und um 48 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres gestiegen.

Nach aktuellen Schätzungen wurden seit Januar 2020, als Biden sein Amt angetreten hatte, fast 80 Prozent aller derzeit existierenden US-Dollars [gedruckt](#).



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625fb60348fbef32620e3e43.jpg>

16:20 de.rt.com: **Prorussischer Blogger in Cherson erschossen**

Am Mittwochmorgen gegen 8:15 Uhr Ortszeit haben Unbekannte den prorussischen Blogger und freiwilligen Helfer Waleri Kuleschow in seinem Auto im Hof seines Hauses in Cherson [erschossen](#).

Die südukrainische Stadt Cherson wird seit Anfang März vom russischen Militär kontrolliert. Kuleschow hatte sich offen auf die Seite Russlands gestellt und in einem Blog über das Leben in Cherson und die Organisation humanitärer Hilfe berichtet.

Das ist nunmehr der zweite Mord an einem prorussischen Prominenten in der Stadt, RT DE hatte [berichtet](#).

17:00 de.rt.com: **Frontberichterstatter: Weitere 35 ukrainische Marineinfanteristen verlassen Asow-Stahl**

Einigen ukrainischen Marinesoldaten, die sich in Asow-Stahl in Mariupol aufgehalten haben, soll es gelungen sein, das Gelände des Hüttenwerks zu verlassen. Dies erklärte der Frontberichterstatter Aleksander Koz auf Telegram.

Nach Angaben von Koz soll es sich dabei um 35 ukrainische Soldaten handeln. Zuvor hatte die Volksmiliz der DVR mitgeteilt, dass sich fünf ukrainische Soldaten ergeben hätten, die sich auf dem Gelände von Asow-Stahl aufhielten.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 20. April 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären** Bereichs durch.

Kommunikationstechniker haben in Kremenewka, Priwolnoje, Andrejewka und Bachtschewik mit Internetangeboten im Testmodus begonnen. In Starschenkowo und Chlebodarowka wurden Arbeiten zur Inbetriebnahme einer Basisstation vorgenommen. In Melekino, Mariupol und Belsarajskaja Kossa wurde die Basisstation modernisiert. Die Leitung Talakowskaja – Asow-Agro wurde vollständig wiederhergestellt. Von der Unterstation Olgina wurden 570 Meter Oberleitung wiederhergestellt.

In Starschenkowo und Chlebodarowka wurden Mobilfunkbasisstationen für die Inbetriebnahme vorbereitet. In Berdjansk wurde Ausrüstung zur Wiederinbetriebnahme einer Basisstation vorbereitet.

Gemeinsam mit dem Zivilschutzministeriums wurden die Hochspannungsleitungen Sachaka-Schirokino, Schirokino-Pionerskaja, Asowskaja-Wolodarskaja Nr. 1,2 und Asowskaja-Starokrymskaja Nr. 1,2 überprüft.

Mitarbeiter des staatlichen Unternehmens der DVR „Staatliche Magistralnetzgesellschaft“

haben gemeinsam mit Pyrotechnikeinheiten des Zivilschutzministeriums die Hochspannungsleitung Charzsskaja-Sarja kontrolliert.

In Bugas und Andrejwka wurden Postfilialen eröffnet. In 19 Ortschaften wurden Renten und Sozialzahlungen ausgezahlt.

Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums der DVR registrieren in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Mehr als 1830 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Rettungskräfte des Zivilschutzministeriums der DVR haben auf den befreiten Territorien mehr als 13 Hektar untersucht, 445 explosive Objekte wurden entdeckt. In Mariupol wurde der Bevölkerung humanitäre Hilfe in Form von 8665 Paketen ausgegeben.

Nach Kamenka und Kalinino wurden je 24 Flaschen Flüssiggas geliefert, nach Olginka 36. In Talakowka werden Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten am Gasversorgungssystem durchgeführt.

Nach Sartana wurden 4 Tonnen Wasser geliefert, nach Mariupol 50 Tonnen.

Auf den befreiten Territorien wurden mehr als 3,5 Tonnen Brot produziert.

In Mariupol, Wolnowacha, Dmitrowka, Oktjabrskoje, Sopino Lebedinskoje, Berdjanskoje, Wladimirowka, Blagodatonoje und Sartana wurden mobile Verkaufseinrichtungen organisiert. Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:30 de.rt.com: **Der Kampfsportler Jeff Monson plant einen Dokumentarfilm über den Donbass**

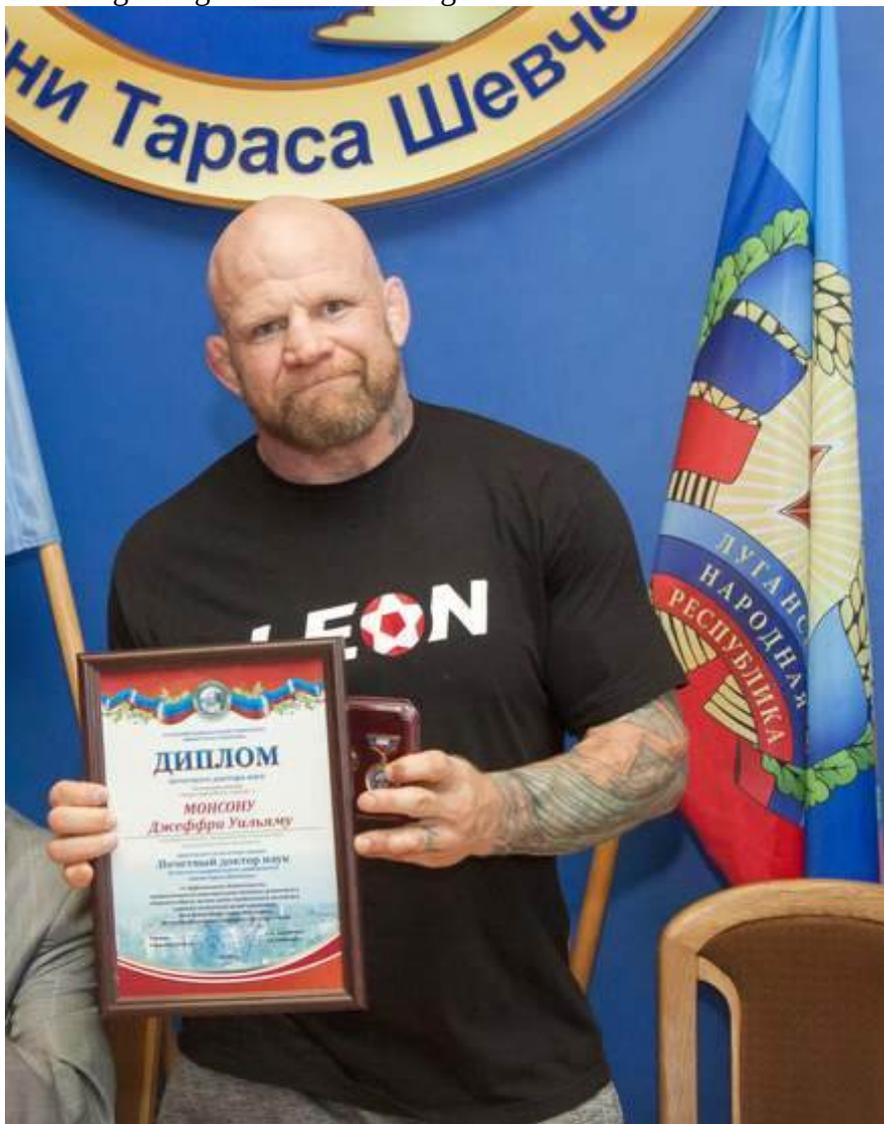
Der prominente Kampfsportler und Mixed-Martial-Art-Kämpfer Jeff Monson ist Dokumentarfilmer geworden. Der "russische Amerikaner" dreht einen Film über die Ereignisse der letzten Jahre im Donbass.

In einem Exklusivinterview mit dem TV-Sender Russia 24 sagte Jeff Monson, er wolle die ganze Wahrheit über die Ereignisse im Donbass erzählen und den Bewohnern der DVR und LVR helfen. Zuvor hatte der Promi das IOC und die Sportverbände wegen der Sanktionen gegen russische Sportler kritisiert. Jeff sagte, dass sich der Sport aus der Politik heraushalten sollte. Der ehemalige US-Bürger fragte:

"Wo waren die Sanktionen gegen die USA, als sie in den Irak, Afghanistan und Libyen einmarschierten?"

Der 1971 geborene US-Amerikaner erhielt 2016 einen Pass der damals nicht anerkannten

Volksrepublik Donezk und 2018 schließlich die russische Staatsbürgerschaft und zog in die Nähe von Moskau. Weil er sich zum Abgeordneten des Stadtparlamentes der Stadt Krasnogorsk bei Moskau wählen ließ, musste er russischen Gesetzen Folge leisten und die Staatsangehörigkeit der USA ablegen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/626018a6b480cc582672a453.jpg>

Jeff Monson erhält am 21.03.2017 die Ehrendoktorwürde (Philosophie) der Nationalen Taras-Schewtschenko-Universität in Lugansk

abends:

18:00 de.rt.com: **Unsterbliches Regiment findet in Mariupol am 9. Mai statt**

Am Tag des Sieges findet in Mariupol eine Prozession des "Unsterblichen Regiments" statt. Dies teilte die stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt, Wictorija Kalatschowa, am Mittwoch vor Journalisten mit:

"Auf jeden Fall. Die Einwohner von Mariupol freuen sich auf diese Veranstaltung. Ich denke, 'Unsterbliches Regiment' ist die wichtigste und patriotischste Veranstaltung, die am 9. Mai dieses Jahres stattfindet."

"Unsterbliches Regiment" ist eine Aktion zum Tag des Sieges. Ihre Teilnehmer tragen die

Bilder ihrer Angehörigen, die im Großen Vaterländischen Krieg gekämpft hatten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62601d7cb480cc58567cb6ca.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 20.4.22
Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **5 Ortschaften** der Republik. In der Folge der ukrainischen Aggression wurden ein Wohnhaus und ein ziviles Infrastrukturobjekt beschädigt. Die Materialien zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 35 ukrainische Nationalisten, eine Feuerposition eines 120mm-Mörser, einen Panzer und 2 Schützenpanzerwagen.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden 5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben, 14 wurden verletzt.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.

Am 29. März 2022 unternahm eine Gruppe von Nationalisten während der Befreiung von Mariupol einen Versuch, aus der Umzingelung im Verantwortungsbereich einer Einheit unter Kommando von Gardeleutnant Wiktor Wiktorowitsch Sajaz auszubrechen. Trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit des Gegners trat Leutnant W.W. Sajaz in den Kampf ein. Dank seiner Fertigkeiten und sachkundigen Führung wurde der Durchbruch der Nationalisten gestoppt, während des Kampfes wurden zwei Fahrzeuge des Gegners und 12 Nationalisten vernichtet, die Gruppe von Leutnant W.W. Sajaz kam ohne Verluste aus dem Kampf und führte die Aufgaben zur Befreiung von Mariupol weiter.

18:30 de.rt.com: Hat das Asow-Regiment Befehl, ukrainische Soldaten zu erschießen, die sich ergeben wollen?

Fünf Soldaten der regulären ukrainischen Armee haben sich am Mittwoch auf dem Gelände des Stahlwerkes Asow-Stahl in Mariupol den Verbänden der Volksrepublik Donezk (DVR)

ergeben. Auf ihren Smartphones zeigten sie den Kämpfern der DVR ein abgespeichertes Dokument, das wie ein schriftlicher Befehl des stellvertretenden Befehlshabers der ukrainischen Nationalgarde, Wolodymyr Kondratjuk, aussieht.

Darin wird es allen Soldaten "kategorisch" untersagt, sich dem Gegner zu ergeben. Zugleich werden die Mitglieder des Besonderen Regimentes "Asow" angewiesen, Einsatzgruppen zur Verhinderung von Fahnenflucht zu bilden und festgestellte Fahnenflüchtigen an Ort und Stelle zu erschießen. Der Befehl ist auf den 17. April datiert.

Schon am Sonntag, dem 17. April, hatte das russische Verteidigungsministerium angegeben, von derartigen Befehlen und der Bildung von Erschießungskommandos aus den Reihen des als rechtsradikal geltenden Asow-Regimentes Kenntnis zu haben. Der Pressesprecher des Ministeriums, Generaloberst Igor Konaschenkow, berief sich dabei auf abgehörten Funkverkehr.

Am Dienstag wurden auf einem durch die Verbände der Donezker Volksrepublik eingenommenen Teil des Stahlwerkes Leichen ukrainischer Marineinfanteristen aufgefunden, denen offensichtlich jemand in den Rücken geschossen hatte. Bei den Getöteten fanden sich Exemplare eines russischen Flugblattes mit einer Anleitung, wie man sich sicher ergibt.

НАКАЗ

КОМАНДУВАЧА НАЦІОНАЛЬНОЇ ГВАРДІЇ УКРАЇНИ

17.04.2022

Київ

№ 27/2/1/2 — М 183

З метою розвитку військового успіху та ефективної організації оборони міста
Маріуполь,

НАКАЗУЮ:

1. Командному, сержантському і рядовому складу категорично заборонити перехід на бік противника і здачу в полон.
2. Командуванню та особовому складу полку Національної гвардії України «Азов» організувати оперативні групи для виявлення дезертирів. Військовослужбовці, які відмовилися виконувати даний наказ про категоричну заборону здачі в полон, за законами воєнного часу підлягають розстрілу на місці.
3. Офіцерському складу окремого полку Національної гвардії України «Азов» довести даний наказ до всього особового складу.

Перший заступник командувача
Національної гвардії України
(начальник штабу)
генерал-лейтенант



Володимир КОНДРАТЮК